

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

9. Ausgabe / 32. Jahrgang

Für Halle (Saale)

18. Oktober 2022



Am 8. Oktober trugen über 200 Bürger:innen ihre Forderung nach einem gerechten und effektiven Preisdeckel, nach echter Umverteilung und nach einer öffentlichen Daseinsvorsorge, die wirklich für alle da ist, auf die Straße.

Der Tenor war deutlich: Die Krise kann nur solidarisch gelöst werden. Für uns hat Hendrik Lange darauf

aufmerksam gemacht, dass in der Krise noch mehr Kürzungen und Privatisierungen drohen, gerade in Städten wie Halle.

Es gilt nun für höhere Löhne und Sozialleistungen genauso Druck zu machen, wie gegen die Austeritätspolitik, die in Sachsen-Anhalt nie weg war. Danke an „Genug ist genug“-Halle für die Organisation.

Kundgebung mit: Gregor Gysi

1. November 17 Uhr
Marktplatz Halle

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG



Genug ist Genug!

Deutschland ächzt unter der Inflation. Der normale Einkauf kostet doppelt so viel wie noch vor wenigen Jahren, genauso bald eine Tankfüllung. Strompreise gehen durch die Decke. Viele wissen nicht mehr, wie sie ihr tägliches Leben finanzieren sollen.

Die Ampelregierung ringt um jedes kleine bisschen Entlastung. Vor allem die, die eh am wenigsten haben, warten vergebens auf Unterstützung aus der Politik. Einen Deckel auf Gas- und Strompreise hat DIE LINKE im Bundestag beantragt. Die Ampel-Regierung blockierte – monatelang.

Ebenso abgewählt haben Scholz, Habeck, Lindner und Co. eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel. Inflationsbremsen, wie der Tankrabatt und das 9-Euro-Ticket ließ die Ampel einfach auslaufen – nach deren Ende stiegen die

Preise sogar noch sprunghaft an. DIE LINKE hat im Bundestag erst die Verlängerung des 9-Euro-Tickets beantragt und anschließend die Einführung eines dauerhaften 1-Euro-Ticket.

Klar, Entlastungen kosten Geld – aber davon gibt es bei einigen wenigen ja reichlich. Mit einer Übergewinnsteuer könnten die größten Krisenprofiteure in die Verantwortung genommen werden.

Es ist stets das gleiche Spiel: Krisenlasten werden den Menschen aufgebürdet, die jeden Tag zur Arbeit gehen, den Rentnerinnen und Rentnern, jenen, die sowieso schon wenig haben, den Studierenden, Familien. In der Krise wächst die Umverteilung von unten nach oben. Das wird DIE LINKE nicht akzeptieren und sich im Bundestag weiter für Sie einsetzen.

**Kommen Sie zur Kundgebung mit Gregor Gysi: 1. November ab 17 Uhr
Marktplatz in Halle**

Aus der letzten Stadtratsitzung am 28.09.2022

Nach der Sommerpause erwartete uns wieder eine prall gefüllte Tagesordnung zum Stadtrat.

Und es gab die Besonderheit der Wahl zur Beigeordneten/zum Beigeordneten für Bildung und Soziales. Frau Dorothea Brederlow setzte sich im zweiten Wahlgang gegen ihre Mitbewerber durch. Damit tritt sie eine zweite Wahlperiode an und wird weitere 7 Jahre im Amt bleiben. Frau Brederlow erhielt 27 Stimmen, Jan Riedel (Schulleiter) erhielt 21 Stimmen. Mitbewerber Detlef Wend (Fraktion MitBürger/DIE PARTEI) hatte nach dem ersten Wahlgang seine Kandidatur zurückgezogen. Er bekam nur 7 Stimmen und lag weiter hinter Frau Brederlow und Herrn Riedel zurück. Eine weitere Bewerberin erhielt lediglich eine Stimme.

Im Bericht des Oberbürgermeisters wurde angeführt, dass das Laternenfest 140.000 Gäste hatte und das neue Konzept angenommen wurde. Ebenso wurde auf das gut besuchte Kulturspektakel am 3. und 4. September 2022 verwiesen, welches zur Eröffnung der neuen Spielzeit der Bühnen gestaltet wurde. Herr Geier informierte darüber, dass am 9. September des Jahres offiziell die Hochwasserschutzanlage am Gimmritzer Damm in Betrieb genommen wurde. Er informierte auch, dass mit Stand 26. September 4263 ukrainische Staatsangehörige in unserer Stadt leben und die Stadt Halle in diesem Zusammenhang 292 Wohnungen angemietet hat.

Interessant war auch die Information, dass am 17.10.2022 das Impfzentrum der Stadt Halle (Saale) im Saale-Center, Rennbahnring 9, in Betrieb gehen wird.

Die Stadt Halle (Saale) bewirbt sich um das „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“. Den Grundsatzbeschluss hatte der Stadtrat bereits gefasst, in der Stadtratsitzung haben wir den Beschluss erneuert, in dem wir den Oberbürgermeister beauftragt haben, die Bewerbungsunterlagen einzureichen. Gleichzeitig haben wir die Bereitschaft

bestätigt, das Grundstück im Bereich Riebeckplatz Nord-Ost für den Bau des Zukunftszentrums dem Bund anzubieten.

Abgestimmt wurde im Stadtrat über mehrere Wirtschaftspläne von haleschen Unternehmen. Es gab mehrheitliche Zustimmung dafür. Auch verschiedenen Bebauungsplänen, so z. B. die Wohnbebauung Weißbuchenweg oder zum Solarpark Köthener Straße, fanden eine Mehrheit.

Zustimmung gab es auch zur Beschlussvorlage: „Änderung des Baubeschlusses für die Reparaturen der marktseitigen Fassade und der Stuckdecke des Stadthauses, Marktplatz 2.“

Seit Februar 2021 sieht man die Netze am Stadthaus und seit dem 28.04.21 ist der Festsaal im Stadthaus gesperrt. Und das wird leider auch noch eine Weile so bleiben. Es gab und gibt gravierende Baumängel, die beseitigt werden müssen. Planungskosten und vor allem Teuerungen der Baupreise zwingen uns, mehr Geld einzustellen. Ursprünglich waren 365.000 Euro geplant, die Kosten sind auf 955.000 Euro für die Dachkonstruktion und Stuckdecke gestiegen.

Und wir haben einen ersten Stellvertreter der Vorsitzenden des Stadtrates gewählt: Dr. Christoph Bergner (CDU) wurde mehrheitlich gewählt.

Der Antrag unserer Fraktion zur Erstellung eines Konzeptes für einen effizienten und emissionsfreien/emissionsreduzierten Lieferverkehr auf der Letzten Meile im Stadtgebiet wurde nun nach langer Diskussion in den Fachausschüssen angenommen.

Auch unser Antrag zur Erarbeitung eines Aktions- bzw. Maßnahmeplans zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Für den Klima-Umwelt- und Ordnungsausschuss hat der Stadtrat unseren neuen sachkundigen Einwohner Jannik Balint beschlossen. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit.

Ute Haupt

Linkes Blatt

Impressum:

DIELINKE Halle, Stadtvorstand
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Ute Haupt/Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 230 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
14. 10. 2022
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 03. 11. 2022

DIE LINKE hilft!

Sprechstunde des Stadtverbands und der Stadtratsfraktion

Der Herbst, die steigenden Preise und größer werdende Unsicherheiten stellen viele Menschen vor Herausforderungen. Wir möchten mit einer Sprechstunde zur Seite stehen, zuhören und Probleme lösen. Ab sofort stehen wir jeden Dienstag von 18 bis 20 Uhr im Linken Laden mit einem offenen Ohr zur Verfügung und wollen bei Sorgen und Nöten praktische Unterstützung im Rahmen unserer Möglichkeiten leisten.

Wir helfen bei der Vermittlung korrekter Ansprechstellen, dem Ausfüllen von Anträgen und Formularen oder auch einfach mit einem offenen Ohr für die Anliegen aus der Stadtgesellschaft. Zu jeder Sprechstunde stehen sowohl Mitglieder des Stadtverbands als auch der Stadtratsfraktion zur Verfügung.

Wir freuen uns über jede Hilfe, das Angebot der Sprechstunde in der Stadt bekannt zu machen!

**Ab sofort:
Jeden Dienstag**

Die Linke bietet Sozialsprechstunde

HALLE/MZ - Der Stadtverband Die Linke bietet angesichts der aktuellen sozialen Situation ab sofort jeden Dienstag von 17 bis 19 Uhr im „Linken Laden“, Leiertergasse/Geiststraße eine wöchentliche Sozialsprechstunde an. Bürger können sich mit politischen Anliegen an die Verantwortlichen wenden, es aber auch konkrete Tipps zu Miete, Rente und Sozialleistungen geben. Dabei soll keine professionelle (Rechts-)Beratung erfolgen, vielmehr soll konkret geholfen und es sollen die passenden Anlaufstellen für das jeweilige Problem gefunden werden.

Ausschnitt:
MZ, 11.10.22
S. 14

PM: Geschäftsmodell auf dem Rücken der Mieter:innen - der Staat ist gefragt

dielinke-halle.de

DIE LINKE.
Stadtverband Halle (Saale)

Geschäftsmodell auf dem Rücken der Mieter:innen - der Staat ist gefragt

Zu den neuerlichen Vorfällen rund um den Vermieter Belvona erklärt der Stadtvorstand der LINKEN in Halle:

„Es ist ein Skandal, dass erneut Menschen in Halle-Neustadt warmes Wasser und die Heizung fehlt. Denn es gibt unserer festen Überzeugung nach ein Recht auf eine warme Wohnung mit warmem Wasser. Besonders dreist ist aber, dass die Mieter:innen ihre Nebenkosten bezahlen und das Ausbleiben der Leistungen die alleinige Schuld des privaten Wohnungskonzerns Belvona ist, der immer wieder und in etlichen Städten mit genau solchen Fehlleistungen auffällt. So ist das nicht das erste Mal, dass wir uns dazu äußern, denn bis jetzt kam Belvona mehrfach seiner Zahlungsverpflichtung an die EVH nicht nach. Dieses Vorgehen offenbart mutmaßlich ein Geschäftsmodell des schnellen Profites auf dem Rücken der Mieter:innen. Das zeigen

uns auch die Vorgängerunternehmen und die vermeintlich vertrauenserweckende Ankündigung, Belvona wolle umfangreiche Sanierungen für mehr Wohnqualität durchführen. Wer soll das glauben, wenn nicht einmal die Heizung läuft? Vor allem: Wer soll das glauben, wenn diese Probleme an etlichen Standorten in Deutschland auftreten? Dazu ist es besonders zynisch, leerstehenden Wohnungen sanieren zu wollen, während die bestehenden Bewohner:innen frieren. Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit den betroffenen Mieter:innen. Auch die Landespolitik darf dem Treiben nicht länger tatenlos zusehen. In NRW, wo es ganz ähnliche Probleme gibt, haben sich Betroffene bereits an das zuständige Ministerium gewandt. Auch in Sachsen-Anhalt muss jetzt endlich Druck auf das Unternehmen ausgeübt werden. Die Menschen dürfen damit nicht allein gelassen werden.“



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im
Monat Oktober Geburtstag haben.



Einladung zum Stadtparteitag am 12. November 2022

Wie bereits zu unserem letzten Stadtparteitag im Mai angekündigt, wollen wir kurz vor dem Jahresende als Stadtverband nochmal zusammenfinden, um einen weiteren Stadtparteitag in Form einer Gesamtmitgliederversammlung durchzuführen.

Der Parteitag wird am Samstag, dem 12. November ab 10:00 Uhr in der Aula des Kinderhortes „Kinderpark“ (Wiener Straße 20, 06128 Halle (Saale)) stattfinden.

An diesem Tag wollen wir u.a. die beiden vakanten Plätze auf der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung unseres aktuellen Stadtvorstandes nachwählen, unsere 18 Delegierten für die Landesparteitage 2023/24 bestimmen und über die Struktur des Stadtverbandes reden, wie es uns auf dem letzten Parteitag als Auftrag mitgegeben wurde. Bitte überlegt euch, ob ihr Interesse an einem der Mandate habt und meldet euch zur Vorbereitung des Parteitages bei uns. Wenn ihr Fragen dazu habt, meldet euch ebenfalls gerne bei uns: info@dielinke-halle.de

Ebenfalls wird noch Mithilfe in diversen Kommissionen des Parteitages gesucht, wer sich da eine Mitarbeit vorstellen kann, sendet bitte auch eine kurze Info an info@dielinke-halle.de.

Die Kommissionen sind:

Mandatsprüfungskommission

Antragskommission

Wahlkommission

Tagesleitung

Vorschlag Zeitplan

10:00 bis 10:15 Uhr	Konstituierung des Parteitages
10:15 bis 10:50 Uhr	Berichte an den Parteitag / Einführung Strukturdebatte
10:50 bis 12:20 Uhr	Aussprache
12:20 bis 12:25 Uhr	Bericht der Mandatsprüfungskommission
12:25 bis 12:45 Uhr	Wahl des Stadtvorstandes
12:45 bis 13:30 Uhr	Mittagspause / Wahlgang und Auszählpause
13:30 bis 16:00 Uhr	Beschlussfassung Leitantrag und ggf. andere Anträge Wahl der Delegierten zum Landesparteitag 2023/2024 und Fortsetzung der Aussprache



Am 23. September war der Hallianz-Spendenlauf. Wir wurden von diesem engagierten Team vertreten, welches von unserem Landtagsabgeordneten Hendrik Lange gesponsert wurde.

Auch die Linksjugend [‘solid] Halle beteiligte sich und wurde dabei von der Abgeordneten Henriette Quade gesponsert. Die Mittel gehen an Projekte für Vielfalt und Demokratie. Deshalb ist es gut, dass nicht nur unsere paar Runden dabei waren, sondern sich auch hunderte Schüler:innen und viele andere beteiligt haben.

Danke an die Organisierenden (Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V.) und alle Läufer:innen!

Rezension

Gianni Jovanovic mit Oyindamola Alashe: Ich, ein Kind der kleinen Mehrheit. Aufbau Verlage GmbH, Berlin, 2022, ISBN 978-3-351-05100-6, 223 Seiten

Gianni Jovanovic ist Rom (Z*) und schwul, Oyindamola Alashe wurde als Tochter einer Deutschen und eines Nigerianers in den USA geboren.

Beide leben und arbeiten in Deutschland und berichten in diesem Buch über vielfältige Diskriminierungserfahrungen - mit Witz und Humor, drastischen derben Worten und Sinn für Details, die sich der Leserschaft einprägen sollen. Insbesondere G. Jovanovic arbeitet klar heraus, dass diese „Diskriminierungen und der offene Rassismus ... System (hatten) in der (west-)deutschen Gesellschaft; dass es „ein rassistisches Grundrauschen (war), das unter dem Alltagsleben ... lag“ (siehe Seite 23) - über die DDR bzw. die neuen Bundesländer wird nicht bezüglich Sinti*zze und Rom*nja berichtet, sehr wohl allerdings über Rostock-Lichtenhagen.

Sinti*zze und Rom*nja leben seit über 600 Jahren sowohl im deutschsprachigen Raum als auch in Ländern wie der Slowakei, Ungarn, Rumänien oder Bulgarien. Auch dort gehörten Armut, Ausgrenzung, Zwangssterilisierung und Vernichtung zu ihren Lebenserfahrungen.

Das Buch geht nicht nur auf diese historischen Aspek-

te ein, sondern der Autor erzählt sehr einfühlsam sein eigenes Schicksal - abgeschoben in eine Förderschule, vom Vater mit 14 Jahren zwangsverheiratet, gemobbt, gedemütigt und doch immer wieder seinen eigenen Weg suchend und findend.

Auch sein Sohn wird gegen seinen Willen vom Großvater wieder als Kind zwangsverheiratet, denn wenn „Menschen kategorisch der Zugang zu Bildung, Arbeit, gesundheitlicher Fürsorge und Sozialleistungen verwehrt wird, schaffen sie sich eben eigene Überlebensstrategien“ (Seite 48) - ihre Kinder.

Gianni Jovanovic war noch nicht einmal 20, da hatte er dieses Rollenbild als Vater zweier Kinder erfüllt. Er hatte eine Ausbildung abgeschlossen, besaß einen Führerschein und war in diesem Sinne zum „Eins-plus-mit-Sternchen-Rom*nja“ avanciert (Seite 58). Allerdings hatte er inzwischen sein coming out und litt unter Depressionen, Wut, Gewalt und Zerrissenheit des Doppellebens.

Im Buch erzählt er seinen schwierigen und dornigen Weg hin zur Heirat mit dem geliebten Mann, zum Unternehmer und Aktivist der LGBTQI*-Bewegung.

Dr. ILJA SEIFERT
06. 05. 1951 – 10. 09. 2022

Nachruf für Dr. Ilja Seifert

Die Nachricht von seinem Tod am 10.9. traf mich tief.

Der 90-Jährige denkt: Mit 71 stirbt man doch nicht! Aber was für ein Leben meisterte Ilja? Mit 16 Jahren durch einen Badeunfall querschnittsgelähmt, hat er doch studiert und wurde als Germanist promoviert. Als ich im Jahr 2000 in die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Recht und Ethik in der Medizin“ als sein Sachverständiger berufen wurde, konnte ich seine Leistungsfähigkeit nur bewundern. Was hat er alles organisiert, um Menschen mit Behinderung das Recht auf Würde und Selbstbestimmung zu erstreiten? Straßen-Demos in Berlin, Treffen in Ost- und Westdeutschland mit großen Gruppen von Menschen, die auf den Rollstuhl angewiesen waren. Ich hatte 10 Jahre Erfahrung in Zusammenarbeit mit behinderten Menschen, aber seine Aktionen übertrafen alles. Vieles haben ihm die Berliner aus seiner Zeit als Präsident der von ihm gegründeten Organisation zu verdanken. Unzählige Gespräche mit Ilja haben mein Leben bereichert. Und zum Teil Unfassbares erlebte ich: z.B., am 11.11. organisierte Ilja in Köln in einem Haus, in dem unten der Fasching tobte, eine Veranstaltung in der oberen Etage: „Sterben in die Mitte holen“. Und dann sagte er mir: „Du musst reden“. In meinem Bücherregal stehen seine Schriften, das Buch „Sterben wie im Märchen“ und etliche Gedichtbände. Ilja hat sich am 10.9. mit folgendem Gedicht verabschiedet:

„DIE ALPEN SIND
Nicht für mich gefaltet. Berge
Verweigern
Dem Rollstuhl
Den Weg aufwärts
Nicht anders
Als abwärts - Trotzdem
War ich da.

Venedig ist
Nicht für mich gebaut, Kanäle
Tragen
Den Rollstuhl
Nicht. Und viele Brücken
Sind stufig. – Dennoch
War ich da.

Freunde
Traf ich und
Weniger
Erfreute. Die Welt ist
Nicht eingestellt
Auf mich, auf
Meine Lebensweise. Aber

Ich
bin
da!

Ilja, du fehlst uns

Ernst Luther

Heizen darf kein Luxus werden! Die Linksfraktion bringt den Energiepreisdeckel in den Landtag und fordert, die Gasumlage zu kippen.

Die Menschen in Sachsen-Anhalt haben Angst. Angst, dass sie die nächste Energie- und Gasabrechnung nicht bezahlen können. Angst, dass ihr Leben bald nicht mehr bezahlbar ist. Diese Angst nimmt DIE LINKE Fraktion ernst. Die Politik ist in der Verantwortung, der drohenden sozialen Spaltung entschieden entgegen zu wirken und die Menschen spürbar zu entlasten. Unsere Fraktionsvorsitzende Eva von Angern hat im Landtag konkrete Maßnahmen vorgestellt, die einen solidarischen Weg aus der Krise

skizzieren:

» Wir brauchen wieder eine echte Vermögenssteuer, wir brauchen eine einmalige Vermögensabgabe, die mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Wir brauchen eine Entlastung von kleinen & mittleren Einkommen und keine Entlastung der Superreichen. Unsere Forderung lautet: Krisengewinner zur Kasse! Deshalb muss die Gasumlage verhindert und die Energiepreise gedeckelt werden.«

DIE LINKE.
Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt



Heizen darf kein Luxus sein:

Gasumlage

kippen!

Energiepreise

deckeln!

Übergewinnsteuer

einführen!

Senioren-Treff

Liebe Seniorinnen und liebe Senioren,
hiermit möchte ich euch über die geplanten Termine für unseren Senioren-Treff informieren:

Oktober

Termin: 26.10.2022, 14.30 Uhr
Ort: Marktplatz, Marktkirche
Thema: Besuch der Marienbibliothek
Unkostenbeitrag pro Person: 4 Euro

November

Termin: 30.11.2022, 14:30 Uhr
Ort: Linker Laden, Leitergasse 4
Thema: Was uns bewegt - Austausch über aktuelle Themen bei Kaffee und Kuchen

Dezember

Termin: wird noch rechtzeitig bekanntgegeben, voraussichtlich 14.12.2022
Ort: Linker Laden, Leitergasse 4
Thema: gemütliches Beisammensein zum Jahresausklang

Ich freue mich, wenn ich euch wieder zahlreich zu unseren Veranstaltungen begrüßen kann.

Lydia Roloff

Doppelwumm enttäuscht auf ganzer Linie

Die Gaspreis-Kommission der Bundesregierung hat einen Tag nach der Landtagswahl in Niedersachsen ein zweistufiges Modell zur Entlastung bei den Gaspreisen vorgeschlagen. Im ersten Schritt soll der Bund im Dezember einmalig die jeweilige Abschlagszahlung der Gas- und Fernwärmekunden übernehmen. Diese einmalige Übernahme der Abschlagszahlung entspricht in der Höhe der Abschlagszahlung, die im September 2022 angesetzt war. Im zweiten Schritt soll demnach ab Frühjahr 2023 bis mindestens Ende April 2024 für Haushalte und kleinere Unternehmen eine Preisbremse für ein bestimmtes Kontingent an Gas- und Wärmeverbrauch eingeführt werden. Für die Industrie soll diese Preisbremse bereits ab Januar 2023 gelten.

"Mit den vorliegenden Vorschlägen ist klar: Zigtausende Bürger und Betriebe werden im Winter von den Preisen erdrückt. Für Mieter ist die Übernahme einer Monatsrechnung viel zu wenig. Für den Villenbesitzer, der null Hilfe braucht, dagegen ein toller Deal. Prinzip sozial ungerechte Gießkanne par excellence! Setzt die Ampel diesen Ansatz durch, verbrennt sie Milliarden der Steuerzahler mit nur geringem Rettungseffekt", reagiert Dietmar Bartsch auf die Vorschläge. Stufe 2 komme viel zu spät. "Vermutlich, um die Bürger zum Sparen zu zwingen", mutmaßt Bartsch: "Das ist ein zynischer Plan, weil viele schon am Limit sind."

Auch Wirtschaftsexperte Christian Leye kritisiert die Bundesregierung: "Während andere europäische Länder sehr früh gehandelt haben, verdaddelt die Ampel ohne Not ein halbes Jahr, um einen funktionierenden Gaspreisdeckel zu gestalten - und gibt ihrer Expertenkommission dann nur zweieinhalb Wochen Zeit. Das Ergebnis ist entsprechend mau: Der Deckel kommt wahrscheinlich erst im Frühjahr und ist zudem höchst ungerecht: Die 80-Prozent-Lösung ab Frühjahr bedeutet für einkommensschwache Haushalte, dass sie in ihrem eh schon niedrigeren Gasverbrauch jetzt Einsparpotentiale suchen müssen, wo häufig kaum noch welche sind. Für wohlhabende Haushalte mit einem deutlich höheren Verbrauch dagegen ist es nicht nur einfacher zu sparen, sie kriegen auch noch sinnlos Gaskonsum subventioniert. Dabei ist klar, wo das größte Einsparpotential liegt: Das reichste ein Prozent

der deutschen Haushalte verbraucht so viel Energie wie die ärmsten 16 Prozent. Besser wäre es gewesen, 8000 kWh zu subventionieren, sowie 4000 kWh für jeden weiteren Menschen im Haushalt - so wären die Bedürftigen unter dem Schirm und Luxuskonsum würde nicht subventioniert."



In dieser Woche berät der Bundestag den Antrag, in dem die Linksfraktion die Einführung eines Gas- und Strompreisdeckels fordert. "Wir hätten einen wirksamen Deckel längst haben können, wenn die Ampel nicht Monate mit Chaos, Streit und der fatalen Gasumlage zugebracht hätte. Olaf Scholz hatte angekündigt, dass die 'Preise runter müssen'. Diese Ankündigung entpuppt sich zumindest kurz- und mittelfristig als Bluff. Millionen Bürger dürfen sich verschaukelt fühlen. Es ist das Versagen der Ampel, wenn Millionen Bürgerinnen und Bürger im Winter frieren müssen, weil sie die Heizpreise nicht bezahlen können", warnt Dietmar Bartsch.

Termine Termine Termine

AG Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung

Zeit: 28. Oktober 2022 um 18 Uhr
Ort: Gaststätte „Zum Kleeblatt“, Am Kinderdorf 1, 06124 Halle

Beratung der Basis- und Ortsverbandsvertreter:innen

Zeit: 2. November 2022 um 18 Uhr
Ort: Linker Laden

Stadtvorstandssitzung

Zeit: 2. November 2022 um 19 Uhr
Ort: Linker Laden

Veranstungsbericht

Wie kann gutes Leben für alle gehen?

Die Insel Langeoog empfing uns wie immer mit viel Sonne - bis auf einen nachmittäglichen Schauer am letzten Tag sollte dies auch so bleiben. Damit waren wie immer beste Voraussetzungen für Information, Austausch und Vernetzung gegeben - diesmal zum Thema „Gesundes und gutes Leben für Alle?!“

Am Sonntag befassten wir uns mit der Frage: „Was bedeutet Recht auf Gesundheit und Zukunft?“

Das Bundesverfassungsgericht hatte ein Recht auf Zukunft postuliert und die Bundesregierung aufgerufen, die Klimakosten nicht auf die nächste Generation abzuwälzen.

Cornelia Niklas von der deutschen Umwelthilfeschätzte ein, dass die derzeitigen deutschen Gesetze nicht den vereinbarten Pariser Klimazielen genügen. Teilweise würde versucht, die notwendigen Regelungen auf die Bundesländer abzuschieben. Dazu gäbe es bereits eine Reihe von Beschwerden, bei deren Beantwortung ausdrücklich die Zuständigkeit des Bundes festgestellt wurde. Für viele Teilnehmer:innen weitestgehend unbekannt und interessant, waren ihre Ausführungen zum antiquierten Bergbaurecht in Deutschland. Die anschließende Diskussion drehte sich dann vor allem um die Diskrepanz, zwischen dem Recht auf Energieversorgung und dem auf Zukunft.

Reinhard Koppentleitner von der Deutschen Allianz für Klimawandel und Gesundheit verwies auf globale systemische Folgen der derzeitigen Politik. Im anschließenden Workshop ging es um Fragen nach dem Verhältnis von europäischem und nationalem Recht, bzw. Schuld, Verantwortung, Täterschaft. „Eigentum verpflichtet“ - was bedeutet dieser Satz aus der deutschen Verfassung für uns heute? Wie können die Rechte von Einzelnen, zu überleben, so gestärkt werden, dass der Planet Erde weiter von Menschen bewohnbar bleibt? Wer definiert, was Luxus ist?

Folgerichtig war der zweite Tag der Frage gewidmet „Wie geht selbstbestimmte Gesundheit in Konflikten?“ Dazu führte uns Gerhard Tiemeyer über den Mythos des Odysseus an das Thema heran. Danach sprach Judith Schmid von den scientists for future über das Thema Klimagefühle. Es ging um Kontrollverlust, Kontrollillusion, Egoismus, Bequemlichkeit, das Fehlen von kurzfristigen Ergebnissen bzw. Belohnungen und immer wieder um den Satz „Die Erde braucht uns

nicht, um zu überleben, aber wir brauchen die Erde, um zu überleben.“

Der 3. Tag befasste sich mit der Problematik: „Wie geht solidarische Gesundheit in der Praxis?“ Viele Menschen benötigen u. a. wegen Armut, Krankheit und krisenbedingter Notlagen, soziale und solidarische Unterstützung. Dies erläuterten Nicole Thies (von da Migra) am Beispiel von Frauen mit verschiedenen Aufenthaltstiteln in Deutschland, und Grit Schnitzhofer speziell (Deutsch-Muslimisches Tandem) am Beispiel muslimischer Frauen in Deutschland. Beide Referentinnen verwiesen auf den gender migration pay gap, auf die fehlende dauerhafte Anerkennung ihres Aufenthaltsstatus und damit auf fehlende dauerhafte Arbeitsmöglichkeiten sowie auf spezielle Probleme bei der Wahrnehmung von gesundheitlichen Leistungen. Vielfach gibt es Diskriminierungserfahrungen sowohl in der 1. als auch 2. und 3. Generation.

Hieran schloss sich der Beitrag von Gerhard Trabert an (Vorsitzender des Armut und Gesundheit in Deutschland e. V.) über die Situation bei der Versorgung obdachloser Menschen im reichen Deutschland - nachzulesen in seinem Buch „Der Straßen-Doc - Unterwegs mit den Ärmsten der Gesellschaft“.

Der 4. Tag stand unter der Fragestellung „Wie geht nachhaltiges, gesundes, gutes Leben?“ Crissi Bühler und Johanna Ritter führten in die I.L.A. Schreibwerkstatt ein und erarbeiteten mit uns das Thema „Imperiale Lebensweise und solidarische Alternativen“. Sowohl Scheinlösungen als auch reale Utopien wurden mittels verschiedenster Methoden vorgestellt und erlebbar gemacht.

Der letzte Tag fasste die gesamten Überlegungen nochmals zusammen unter den Gesichtspunkten „Acht-samkeit und Wirksamkeit“ und „Wie geht gewaltfreie Kommunikation?“ Jelka Wickham stellte außerdem Hitzeschutzbündnisse vor und Eva Kern das Jugendumwelt Netzwerk Niedersachsen.

Wie immer gab es einen stimmungsvollen Abschluss mit dem Autor, Liedermacher und Lollar Frederic Vahle.

Weiterhin wurden Ideen für die nächste WogE gesammelt, die voraussichtlich vom 03.-07.09.2023 auf Langeoog stattfinden wird.

Wir brauchen eine Überwindung von Hartz IV – ein neuer Name ändert nichts

Monika Hohmann betont heute in der Diskussion über die Einführung des Bürgergelds und die Folgen für die Menschen in Sachsen-Anhalt:

„Seit 17 Jahren erklären wir als Linke, dass Hartz IV menschenunwürdig und Armut per Gesetz ist. Mit dem Entwurf zum Bürgergeld kann Hartz IV nicht überwunden werden!

Folglich bilden die niedrigen Regelleistungen und die Leistungsminderungen charakteristische Kennzeichen des Hartz-IV-Systems. Positiv zu benennen ist, dass bei der Arbeitsvermittlung und beim Neu-Bezug von Grundsicherungsleistungen Erleichterungen für die Leistungsbeziehenden spürbar werden.

Dies betrifft insbesondere die Schonfristen bei der Anrechnung von Vermögen, bei der Anerkennung der Wohnkosten und die Weiterbildungsmöglichkeiten. Diese helfen aber nur bestimmten Personengruppen. Doch für eine Vielzahl der Leistungsberechtigten ergeben sich keine spürbaren Verbesserungen. So müssen wir feststellen, dass Langzeiterwerbslose, chronisch Kranke, Bezieher*innen der Erwerbsminderungsrente oder auch Personen mit aufstockenden Leistungsbezug keine hilfreiche Berücksichtigung im Referententwurf finden. Dies ist unter Berücksichtigung der aktuellen Zahlen mehr als bedauerlich und zeigt, dass die Überwindung von Hartz IV für Kompromisse und Symbolpolitik einer vermeidlich geeinigten Koalition der Ampel ad acta gelegt wurden.

Es bedarf höhere Leistungsbezüge für unter 18-jährige Kinder und Jugendliche und auf lange Sicht eine bedingungslose Kindergrundsicherung, die nicht auf die Transferleistungen von Familienangehörigen angerechnet werden kann und generell sanktionsfrei ist. Die Aussichten langzeiterwerbsloser Menschen auf eine Erwerbstätigkeit sind insgesamt niedrig und in den vergangenen Jahren gesunken.

Es steht daher außer Frage, dass der Markt die Langzeiterwerbslosigkeit und die dadurch bedingte Perspektivlosigkeit der Betroffenen nicht lösen wird.

Neben dem Aspekt der verfehlten Problembehebung ist die Erhöhung der Regelsätze um 50 Euro zwar besser als nichts, aber ist keine Wohltat der Regierung, sondern gleicht lediglich die Inflation dieses

Jahres aus. Die bestehende Kleinrechnerei beim Regelsatz geht einfach weiter.

Die Erhöhung ist viel zu niedrig und lässt Menschen in Hartz IV bis Januar im Stich. Wir fordern einen Regelsatz von mindestens 687 Euro. Das kleingerechnete Bürgergeld lässt auch immer noch Sanktionen zu. In diesem Fall kann gesagt werden, dass diese nun „Leistungsminderungen“ heißen und die Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 2019 einhalten, doch die Charakteristik der „Leistungsminderungen“ ist eindeutig. Neben dem Punkt, dass das Verhängen von Sanktionen auch immer die im Haushalt lebenden Kinder und Jugendlichen unverschuldet betrifft, sind diese menschenunwürdig und die Folgen von Sanktionen wiegen schwer.

Zudem konnte nie die Wirksamkeit der Sanktionen nachgewiesen werden und schon in den Jahren 2006 bis 2008 konnte erkannt werden, dass die erfolgreichen Widerspruchsverfahren gegen Sanktionsbescheide zunahmen. Notwendig ist, dass sich Sachsen-Anhalt für eine sanktionsfreie Grundsicherung mit einer menschenwürdigen Berechnungsgrundlage auf Bundesebene einsetzt. Die Landesregierung sieht zwar keine Bedenken in der Umsetzung der Systemreform und keinen Handlungsbedarf, um den Landkreisen bzw. zuständigen Jobcentern personell, technisch oder infrastrukturell Unterstützung anzubieten; doch die Hilferufe aus den zuständigen Verwaltungsstrukturen sind vorhanden und können nicht ignoriert werden! Die Kommunen beklagen, dass Überlastungen und lange Wartezeiten für Betroffene zustande kommen können, nicht weil der Kreis der Aufstocker:innen sich erweitert, sondern weil den Kommunen Personal und Mittel fehlen, um die steigenden Bedarfe personell sowie finanziell zu decken.

Eine Abwälzung der Lösungsfindung auf die zuständigen Mitarbeitenden in den Jobcentern und Landkreisen ist unzulässig. Noch haben wir die Möglichkeit präventiv zu unterstützen, lassen Sie die Menschen nicht allein!“